

Nicht mehr auf Rosen gebettet

Edertaler Gemeindevertretung verabschiedet mit großer Mehrheit den Haushalt für das laufende Jahr

VON MATTHIAS SCHULDT

EDERTAL. Gegen die Stimmen der SPD-Fraktion hat die Gemeindevertretung den Haushalt für 2017 gebilligt. Die Sozialdemokraten lehnten den Etat jedoch nur deshalb ab, um ein Zeichen zu setzen gegen das aus ihrer Sicht überhastete Streichen des Kindergartenbusses, ohne Alternativkonzepte zu erarbeiten. Einig sind sich die Parlamentarier darin, dass sie auf einen geringeren Schuldenberg zum Jahresende hoffen, als kalkuliert.

SPD: DORFKERNE ERHALTEN

Fraktionsvorsitzer Andreas Schaafe setzte einen weiteren Schwerpunkt in seiner Haushaltsrede. Die 50 000 Euro für das Einrichten neuer Baugebiete sollten parallel auch dem Schaffen von Siedlungsstruktur dienen: „Wir wollen keine Wanderdörfer, sondern müssen überlegen, wie wir das Entstehen von Trabantensiedlungen und das Austrocknen der Dorfkern verhindern.“ Als Beispiel für diese Gefahr nannte er Lieschenruh, das längst größer als Mehlen selbst sei. Gleichwohl müsse die Gemeinde darauf achten, für junge Familien attraktiv zu bleiben, denn der Anteil der Einkommensteuer sei die größte Einnahmequelle nach dem Wegfall des einst größten Gewerbesteuerzahlers vor vier Jahren.

CDU: BIS INS DETAIL SPAREN

CDU-Fraktionsvorsitzer Jörg Heidele betonte, wie wichtig es sei, auch im Kleinen nach Sparmöglichkeiten zu suchen. „Auch bei 2000 oder 3000 Euro, die wir ausgeben, handelt es sich um das Geld des Steuerzahlers.“ Die Gemeinde sei nicht mehr auf Rosen gebettet und müsse bei den freiwilligen Leistungen

schauen, was sie noch finanzieren kann und was nicht, unterstrich Heidele nochmals mit Blick auf den Kindergartenbus. Angesichts der geringen Nutzung müsse man ihn wegzürzen, damit nicht sofort die nächste Anhebung bei den Kindergartengebühren nötig werde.

FWG: FEUERWEHR IM BLICK

Hartwig Landskron unterschied für die FWG zwischen den Gebührenhaushalten, die laut Gesetz kostendeckend betrieben werden müssen (Wasser, Abwasser) und denen, bei denen die Kommunalpolitiker Spielräume haben. „Niemand würde mehr den Kindergarten nutzen, wenn wir dort kostendeckende Preise erheben und niemand würde mehr ein Dorfgemeinschaftshaus anmieten. Keiner könnte sich eine Beerdigung leisten.“ Umso wichtiger sei es, Sparmöglichkeiten auszuloten, etwa bei den Feuerwehren. „Brauchten wir in Zukunft noch in jedem Ort ein eigenes Fahrzeug?“, fragte Landskron, schränkte aber ein, dass Fusionen, wie sie Berghem und Giflitz vorgelebt hätten, nur freiwillig möglich seien.

WIR EDERTALER: KANÄLE ALT

Holger Blume schlug für „Wir Edertaler“ vor, hinter den Kauf eines Unimogs für den Bauhof über 245 000 Euro einen Sperrvermerk zu setzen, um kostengünstigere Alternativen zu prüfen. Das Parlament stimmte dem zu. Blume verwies auch auf die hohen Risiken, die dem Haushalt wegen des angegriffenen Kanalnetzes drohen.

Bis 2019 sei die Kommune gezwungen, 33 Kilometer Kanäle zu befahren. „Nur für die Prüfungen zahlen wir 245 000 Euro. Davon ist noch keine einzige Sanierung bezahlt.“ Ab 2020 folgten weitere 44 Ki-

Haushaltsplan 2017

der Gemeinde Edertal

Investitionen 2017

3,625 Mio. €

2016

3,581 Mio. €

Rücklagen 2017

0 €

2016

0 €

Schuldenstand 2017

5,041 Mio. € (Planzahl)

2016

3,787 Mio. € (Planzahl)

Pro-Kopf-Verschuldung

2017: 801 €*

Pro-Kopf-Verschuldung

2016: 601 €*

*Bevölkerung: 6292 Einwohner
(Stand 31.12.2015)



lometer. Wichtig sei es, die vorhandene Infrastruktur für die Edertaler Bevölkerung zu erhalten.

FDP: RADWEG VERZICHTBAR

Elmar Schultze-Ueberhorst legte für die Liberalen den Finger in eine andere Wunde. Der teure Radweg zwischen Buhlen-Bahnhof und Affoldern sei ohne Weiteres verzichtbar, weil die Gemeinde den Anschluss über den Hochbehälter an die Feldweg Richtung Affoldern geschaffen habe. Auch die FDP sieht es als unerlässlich an, den Kindergartenbus zu streichen, denn die Gemeinde sei weit davon ent-



fernt, die vom Land empfohlene 30 Prozent Kostendeckung bei den Kindergärten zu erreichen. Aktuell kommt Edertal bei diesem Gebührenausschlag auf eine etwa 15-Prozent-Quote, mit der die Eltern durch Beiträge die Ausgaben decken. „DRK und Kirchen haben bereits angekündigt, dass sie höheren Mittelbedarf haben wegen der geänderten Öffnungszeiten“, fügte Schultze-Ueberhorst hinzu.

GRÜNE: RATHAUS-INFO HILFT

Rainer Pfeffermann verwies für die Grünen darauf, dass jede Investition bedeute, hinterher die Abschreibung er-

wirtschaften zu müssen. Vom vorgeschlagenen Rathaus-Infosystem, das alle Fraktionen mittragen, versprechen sich die Grünen in der Endabrechnung nicht nur online einen leichteren Zugang zu vielerlei Informationen für Bürger und Kommunalpolitiker, sondern auch eine Ersparnis, weil Schriftverkehr und Porto wegfallen. Außerdem ließen sich so die DGHS besser vermarkten, weil Raumgrößen, Preise und Verfügbarkeit leicht im Netz einzusehen seien: „Die Verantwortung für die Vermietung bleibt natürlich bei den Ortsvorstehern.“

KOMMENTAR